

GRÜNDUNGS- UND PROGRAMMPAPIER

MITEINANDER

Ein politischer Neuanfang, der Menschen verbindet und Probleme löst

Diskussionsentwurf für Menschen, die mitdenken und mitgestalten wollen

Initiator: Ralf Haake

Stand: 29. September 2026

MITEINANDER ist hier eine politische Initiative im Entwurf. Dieses Papier ist eine Einladung zur Diskussion und kein beschlossenes Programm einer gegründeten Partei.

Warum MITEINANDER

Viele Menschen erleben Politik als Streit um Zuständigkeiten, Schlagzeilen und Schuld. Währenddessen werden Arzttermine knapp, Wohnen teuer, Arbeit unnötig kompliziert und öffentliche Entscheidungen schwer verständlich. Wer Verantwortung trägt, erwartet vom Staat Verlässlichkeit. Wer Hilfe braucht, darf nicht zwischen Ämtern verloren gehen.

Wir wollen eine politische Initiative aufbauen, die Freiheit, Sicherheit und Zusammenhalt gemeinsam denkt. Sie richtet sich an Beschäftigte und Unternehmen, an Menschen mit wenig und viel Geld, an Alte und Junge, an Menschen, die hier geboren wurden, und an jene, die hier ein neues Zuhause gefunden haben. Niemand muss in jeder Frage derselben Meinung sein. Entscheidend ist, ob wir einander zuhören, Regeln gemeinsam tragen und Probleme lösen.

Was ist daran anders

MITEINANDER legt sich bei wichtigen Fragen nicht zuerst auf ein Lager fest. Wir legen das Problem offen, hören Betroffene und Fachleute an, benennen Zielkonflikte, treffen eine Entscheidung und prüfen später ihre Wirkung. Ein Vorschlag gilt erst dann als fertig, wenn klar ist, wer ihn umsetzt, was er kostet, wer profitiert und welche Nebenwirkungen zu erwarten sind.

Was dieses Papier leistet

Die folgenden Seiten beschreiben konkrete Reformrichtungen. Sie sind keine vorgetäuschten Detailgesetze und enthalten keine erfundenen Eurobeträge. Vor einem Wahlprogramm müssen die Vorhaben fachlich, rechtlich und finanziell durchgerechnet werden. Hier steht, welche Entscheidungen wir anstoßen und nach welchen Regeln wir sie treffen wollen.

Unser politischer Arbeitsstil

Zuhören heißt nicht, jede Forderung zu übernehmen. Entscheiden heißt nicht, die Betroffenen zu übergehen. Gute Führung verbindet beides: Sie erklärt die Richtung, holt Einwände ein, entscheidet nachvollziehbar und trägt Verantwortung für die Folgen.

Regeln, die auch für uns gelten

- Jede größere Forderung bekommt eine öffentlich lesbare Begründung: Problem, Ziel, Kosten, Finanzierung, Zuständigkeit, Risiken und Prüftermin.
- Mitglieder und gewählte Vertreter legen relevante Interessenkonflikte, Lobbykontakte und Nebeneinkünfte nach klaren Regeln offen.
- Ämter werden befristet und regelmäßig durch die Mitglieder bestätigt. Führung wechselt, Wissen und Verantwortung bleiben erhalten.
- Die Initiative beteiligt Menschen ohne Parteikarriere: Pflegekräfte, Handwerkerinnen, Eltern, Unternehmer, Auszubildende, Wissenschaftlerinnen und kommunale Praktiker.
- Politische Gegner werden fair behandelt. Wir widersprechen deutlich, ohne Menschen abzuwerten. Fehler werden korrigiert und öffentlich erklärt.

Bürgerbeteiligung mit Folgen

Für große, langfristige Reformen wollen wir ausgeloste Bürgerräte einsetzen. Ihre Empfehlungen ersetzen weder Parlament noch Regierung. Die Politik muss aber innerhalb einer festgelegten Frist öffentlich antworten: Was übernimmt sie, was nicht und warum? Diese Rückmeldung ist wichtiger als ein bloßes Beteiligungsfoto.

Arbeit, Unternehmen und ein Staat, der hilft

Ein kleiner Betrieb kann neue Aufträge gewinnen und trotzdem an Formularen, langen Genehmigungen und fehlenden Fachkräften scheitern. Beschäftigte erleben gleichzeitig hohe Abzüge und steigende Lebenshaltungskosten. Beides gehört zusammen. Eine Bundesbankbefragung bezifferte die von Unternehmen berichteten Bürokratiekosten für 2024 im Durchschnitt auf rund sieben Prozent ihres Umsatzes, nach rund fünf Prozent 2022. Die Schätzung ist eine Befragung und kein Beweis, dass jede Regel unnötig ist. [1]

Unsere Vorschläge

- Für häufige Genehmigungen verbindliche Fristen, digitale Anträge und einen sichtbaren Bearbeitungsstand einführen. Wo Sicherheit oder Grundrechte betroffen sind, bleibt eine echte Prüfung nötig.
- Daten nur einmal erheben, soweit Datenschutz und technische Sicherheit gewährleistet sind. Behörden sollen Informationen mit Einwilligung und auf klarer Rechtsgrundlage austauschen.
- Für kleine Unternehmen Berichtspflichten nach Nutzen und Aufwand durchgehen; gleiche Inhalte nicht an mehrere Stellen melden lassen.
- Gründung und Betriebsübergabe über eine Anlaufstelle ermöglichen. Anträge, Steuerregistrierung und nötige Meldungen sollen verständlich an einem Ort zusammenlaufen.
- Bei niedrigen und mittleren Einkommen Steuern und wegfallende Transfers zusammen prüfen. Mehr Arbeitsstunden müssen spürbar mehr verfügbares Geld bringen.

Woran wir Erfolg messen

Bearbeitungsdauer, Antragsabbrüche, dokumentierter Aufwand kleiner Betriebe und das zusätzliche Nettoeinkommen bei mehr Arbeit werden veröffentlicht. Entlastungen dürfen nicht durch neue Pflichten an anderer Stelle verschwinden.

Sicherheit geben und Selbstständigkeit ermöglichen

Wer krank wird, die Arbeit verliert oder Angehörige pflegt, braucht Hilfe ohne Demütigung. Ein Sozialstaat muss erreichbar sein. Zugleich darf er Menschen nicht mit unverständlichen Anrechnungsregeln bestrafen, wenn sie wieder arbeiten oder mehr verdienen.

Soziale Hilfe, die ankommt

- Leistungen für ähnliche Lebenslagen besser aufeinander abstimmen und einen zuständigen Ansprechpartner anbieten. Ansprüche werden einfach erklärt; Widerspruch und persönliche Beratung bleiben möglich.
- Hinzuverdienstregeln und den Entzug von Leistungen so gestalten, dass zusätzliche Arbeit sich lohnt. Änderungen müssen mit Beispielhaushalten getestet werden, bevor sie gelten.
- Qualifizierung, Kinderbetreuung und Unterstützung bei Gesundheit oder Schulden zusammen anbieten, wenn diese Hürden eine Arbeitsaufnahme verhindern.

Gesundheit und Pflege ehrlich reformieren

Die gesetzliche Krankenversicherung steht unter finanziellem Druck. Eine Regierungskommission warnte 2026 vor einer großen Finanzierungslücke bis 2030, falls keine Gegenmaßnahmen greifen. Das ist eine Projektion, keine feststehende Rechnung. [2]

- Weniger doppelte Dokumentation und bessere Abstimmung zwischen Hausarztpraxis, Facharzt, Klinik und Pflege. Digitale Daten dürfen nur sicher und zweckgebunden genutzt werden.
- Medizinische Leistungen nach belegtem Nutzen und Versorgungsbedarf prüfen. Vorbeugung und frühzeitige Hilfe stärken, ohne spätere Behandlung zu verweigern.
- Pflegende Angehörige durch Beratung, verlässliche Kurzzeitpflege und flexible Entlastung unterstützen. Die Finanzierung der Pflegeversicherung gesondert und offen verhandeln.

Unser Maßstab: Wartezeiten, vermeidbare Doppeluntersuchungen, Pflegeengpässe und die tatsächliche Beitragslast. Einsparungen dürfen nicht einfach Kosten auf Patientinnen, Patienten und Angehörige verschieben.

Einwanderung und Zugehörigkeit

Menschen brauchen Schutz vor Verfolgung. Deutschland braucht außerdem Menschen, die hier arbeiten, lernen und Familien gründen wollen. Kommunen brauchen Planungssicherheit. Diese drei Anliegen lassen sich nur zusammen bearbeiten. Wer Schutz sucht, ist kein Ersatz für eine unregelte Fachkräftepolitik; wer eine Stelle antritt, darf nicht monatelang auf eine nachvollziehbare Entscheidung warten.

Klare Wege, faire Regeln

- Asyl, humanitären Schutz, Familiennachzug und Arbeitsmigration in Verfahren und Kommunikation klar unterscheiden; geltendes internationales und europäisches Recht achten.
- Anträge schnell und rechtsstaatlich entscheiden, mit ausreichend Personal, Sprachmittlung und Zugang zu Rechtsmitteln. Wer bleiben darf, soll früh Sprache lernen und Zugang zu Ausbildung und Arbeit erhalten.
- Anerkennung von Berufsabschlüssen vereinfachen: Ein digitaler Verfahrensstand, Fristen und gezielte Nachqualifizierung statt immer neuer Unterlagen.
- Kommunen nach tatsächlicher Aufgabe unterstützen: Schule, Wohnen, Verwaltung und Integrationsangebote müssen mitwachsen.
- Wer keinen Anspruch auf Aufenthalt hat, erhält eine rechtmäßige, humane Entscheidung und geordnete Rückkehr. Ausnahmen und Härtefälle werden nach transparenten Regeln geprüft.

Was alle verbindet

Grundgesetz, Gleichberechtigung, Freiheit der Religion und Meinung sowie die Würde jedes Menschen gelten für alle. Integration verlangt diese gemeinsamen Regeln und bietet zugleich echte Teilhabe. Herkunft entscheidet nicht über den Wert eines Menschen; Verhalten und Rechte werden für jeden nach denselben Maßstäben beurteilt.

Bildung, Wohnen und ein guter Start

Gerechtigkeit beginnt früh. Wer Lesen und Rechnen nicht sicher lernt, startet mit einem Nachteil, den spätere Programme schwer ausgleichen. Im IQB Bildungstrend 2024 verfehlten ungefähr 34 Prozent der untersuchten Neuntklässler den Mindeststandard in Mathematik für den mittleren Schulabschluss. [3]

Bildung verlässlich machen

- Bund und Länder vereinbaren überprüfbare Mindestziele für Sprache und Mathematik. Schulen mit größeren sozialen Herausforderungen erhalten mehr Fachpersonal und gezielte Förderung.
- Sprachförderung vor und während der Schule ausbauen, früh erkennen, wer Unterstützung braucht, und den Erfolg der Angebote prüfen.
- Lehrkräfte von vermeidbarer Verwaltung entlasten; Ausbildung, berufliche Bildung und Studium als gleichwertige Wege behandeln.
- Medienkompetenz, Umgang mit Geld, Konflikte und Selbstorganisation in bestehende Lernbereiche einbauen, statt den Stundenplan mit immer neuen Einzelprogrammen zu überladen.

Wohnen wieder möglich machen

2025 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamts rund 206.600 Wohnungen fertiggestellt, 18 Prozent weniger als 2024. [4] Mieten sinken nicht durch ein einziges Gesetz. Bauen, Umbauen und der Schutz von Mieterinnen und Mietern müssen zusammenpassen.

- Baurecht und Genehmigungen vereinfachen, wo Qualität und Sicherheit erhalten bleiben; Aufstockung, Umbau und Nutzung leerstehender Flächen erleichtern.
- Kommunen für bezahlbaren Wohnraum und Infrastruktur stärken. Förderung an tatsächlich zusätzliche Wohnungen und dauerhafte Bezahlbarkeit binden.

Gemessen wird an fertiggestellten Wohnungen, Dauer bis zum Baubeginn und Wohnkosten im Verhältnis zum Einkommen, nicht allein an erteilten Genehmigungen.

Rente und ein fairer Vertrag der Generationen

Die Altersstruktur verändert sich. In der 16. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung steigt die Zahl der Menschen im Rentenalter bis 2038 um mindestens 3,8 Millionen. Das ist eine Modellrechnung mit Annahmen, aber der Druck auf die Finanzierung ist real. [5]

Unser Reformweg

- Die gesetzliche Rente als Fundament erhalten und das tatsächliche Risiko von Altersarmut gezielt mindern.
- Eine zusätzliche, kostengünstige und breit zugängliche kapitalgedeckte Vorsorge entwickeln. Gebühren, Risiken, staatliche Zuschüsse und die Absicherung bei geringem Einkommen müssen offengelegt werden.
- Freiwilliges längeres Arbeiten vereinfachen und attraktiv machen. Menschen mit gesundheitlich belastenden Berufen brauchen tragfähige Übergänge, statt pauschal dieselbe Lösung für alle.
- Mehr Menschen in gute Arbeit bringen: Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Qualifizierung und geordnete Zuwanderung stärken die Beitragsbasis.

Vor einer Entscheidung werden Beiträge, Rentenniveau, Steuerzuschüsse, Übergangskosten und die Folgen für verschiedene Jahrgänge gemeinsam vorgerechnet. Wer heute von einer Reform profitiert, darf die Kosten nicht still der nächsten Generation überlassen.

Energie, Klima und Sicherheit im Alltag

Eine Fabrik braucht bezahlbare und verlässliche Energie. Eine Familie braucht eine Wohnung, die sie heizen kann. Klimaschutz braucht messbare Wirkung. Nach den Projektionen des Umweltbundesamts von 2026 reichen die damals geltenden Maßnahmen voraussichtlich noch nicht ganz für das gesetzliche Minderungsziel 2030. Projektionen sind bedingte Szenarien, keine Vorhersagen. [6]

Was wir voranbringen

- Stromnetze, Speicher und erneuerbare Erzeugung abgestimmt ausbauen; Verfahren straffen und Gemeinden fair am Nutzen beteiligen.
- Für Industrieprozesse und Verkehr verschiedene technische Wege nach Kosten, Versorgungssicherheit und vermiedenen Emissionen bewerten. Öffentliche Förderung soll überprüfbare Ziele haben.
- Haushalte mit geringem Einkommen bei nötigen Umstellungen gezielt unterstützen. Regeln für Heizung und Gebäude müssen planbar und sozial tragbar sein.
- Bahn, Brücken, Schulen und digitale Infrastruktur instand halten. Vor neuen Prestigeprojekten den Erhalt bestehender Anlagen ehrlich finanzieren.

Wir veröffentlichen bei großen Klimamaßnahmen Wirkung, Gesamtkosten und Verteilung der Belastung. Dabei zählt auch, ob eine Maßnahme praktisch durchgeführt werden kann und wie sie sich auf die Versorgung auswirkt.

Demokratie, Europa und äußere Sicherheit

Eine offene Gesellschaft braucht freie Medien, unabhängige Gerichte, faire Wahlen und den Schutz vor Gewalt. Sie braucht Menschen, die widersprechen können, ohne zu Feinden erklärt zu werden. Diese Grundlagen sind keine Verhandlungsmasse.

Demokratie stärken

- Gesetze verständlich begründen und nach festen Terminen überprüfen. Treffen mit Interessenvertretern und wesentliche Eingaben nachvollziehbar machen.
- Kommunen in Entscheidungen einbeziehen, wenn sie Aufgaben ausführen sollen. Neue Aufgaben brauchen geklärte Zuständigkeiten und Mittel.
- Politische Bildung und konstruktive Debatten fördern, ohne eine staatlich vorgeschriebene Meinung festzulegen.

Europa und Sicherheit

Deutschland handelt in der Europäischen Union und in seinen demokratischen Bündnissen. Gemeinsamer Schutz, Energieverbindungen, Forschung, Handel und wirksame Außengrenzverfahren lassen sich europäisch oft besser organisieren. Zugleich sollen Entscheidungen so nah wie möglich bei den Menschen bleiben, wenn Städte, Länder oder der Bund sie besser treffen können.

Verteidigungsfähigkeit, zivile Krisenvorsorge und Schutz digitaler Infrastruktur gehören zusammen. Ausgaben müssen an überprüfbare Fähigkeiten und Beschaffungsergebnisse gebunden sein. Außenpolitik verbindet Diplomatie, Menschenrechte, wirtschaftliche Handlungsfähigkeit und den Schutz vor Angriffen.

Wie wir Vorschläge bezahlen und prüfen

Dieses Papier verspricht keine kostenlose Reform. Neue Stellen, digitale Verfahren, Schulen, Pflege und Investitionen kosten Geld. Manche Entlastungen sparen mittelfristig Zeit und Ausgaben, aber Einsparungen entstehen nicht automatisch und dürfen nicht vorab doppelt verplant werden.

Die Reihenfolge unserer Entscheidungen

1. Zuerst vorhandene Mittel wirksamer einsetzen: Förderungen und Sonderregeln mit schwacher Wirkung prüfen, doppelte Verfahren abbauen und Beschaffung verbessern. Reale Einsparungen werden vorsichtig veranschlagt.
2. Dann Reformen mit nachweisbar hohem Nutzen priorisieren: frühe Bildung, funktionierende Verwaltung, Erhalt der Infrastruktur und Zugang zu Arbeit. Einmalige Investitionen und dauerhafte laufende Ausgaben werden getrennt.
3. Für jede neue dauerhafte Leistung eine dauerhafte Deckung nennen. Steueränderungen werden zusammen mit ihren Folgen für Einkommen, Investitionen und die öffentlichen Haushalte bewertet.
4. Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen gemeinsam betrachten. Kosten dürfen nicht auf eine andere Ebene verschoben und dort versteckt werden.

Was noch berechnet werden muss

Vor einem beschlussfähigen Wahlprogramm braucht jede größere Maßnahme eine unabhängige Kostenprüfung, eine rechtliche Prüfung und eine Einschätzung der Verteilungswirkung. Konflikte, etwa zwischen Beitragssätzen, Leistungsansprüchen und Steuern, werden offen dargestellt. Wir nennen erst dann Beträge, wenn Annahmen und Finanzierung nachvollziehbar sind.

Die Einladung zum Mitmachen

Ich initiiere MITEINANDER, weil ich überzeugt bin: Deutschland hat genug Menschen, die Probleme lösen wollen, ohne andere dafür kleinzumachen. Ich suche keine Gefolgschaft, die einen fertigen Text abnickt. Ich suche Mitmacherinnen und Mitmacher, die gute Fragen stellen, widersprechen, Verantwortung übernehmen und aus Ideen tragfähige Entscheidungen machen.

Dieses Papier ist ein Anfang. Gerade bei Rente, Gesundheit, Steuern, Migration und Klimapolitik liegen schwierige Abwägungen vor uns. Wer ernsthaft mitarbeiten möchte, sollte sagen können, welche Vorschläge überzeugen, welche nicht und was fehlt. Daraus entsteht ein Programm, das Menschen verstehen und an dem sie uns später messen können.

Drei Fragen für das erste Gespräch

- Welches Problem in deinem Alltag oder Arbeitsbereich müsste Politik zuerst praktisch lösen?
- Welcher Vorschlag in diesem Papier ist für dich richtig, aber noch nicht konkret genug?
- Welche Belastung oder welchen Kompromiss hältst du für fair, wenn dadurch eine Reform wirklich funktioniert?

Ralf Haake · Initiator von MITEINANDER

Kontaktangaben und organisatorische Form werden nach Abstimmung mit dem Gründungskreis ergänzt.

Quellen und Stand

Die Zahlen dienen der Einordnung. Politische Vorschläge und Werturteile sind Positionen dieses Diskussionsentwurfs, keine Aussagen der genannten Institutionen. Abruf und inhaltliche Prüfung: 29. September 2026.

[1] Deutsche Bundesbank, „Bürokratiekosten in Deutschland messbar gestiegen“, 29.07.2026.

<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/bundesbank-monatsbericht-buerokratiekosten-in-deutschland-messbar-gestiegen-1004094>

[2] Bundesministerium für Gesundheit, FinanzKommission Gesundheit, erster Bericht und Pressemitteilung vom 30.03.2026. <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/finanzkommission-gesundheit-ergebnisse-30-03-26>

[3] Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, IQB Bildungstrend 2024, Ergebnisse zur Sekundarstufe I. <https://www.iqb.hu-berlin.de/de/schule/sekundarstufe-i/bildungstrend/2024/>

[4] Statistisches Bundesamt, „18,0 % weniger fertiggestellte Wohnungen im Jahr 2025“, 21.05.2026.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/05/PD26_174_31121.html

[5] Statistisches Bundesamt, 16. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Pressemitteilung vom 11.12.2025.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/12/PD25_446_12.html

[6] Umweltbundesamt, „Aktuelle Treibhausgas Projektionen“, Stand 15.06.2026.

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/szenarien-projektionen/treibhausgas-projektionen/aktuelle-treibhausgas-projektionen>

Hinweis: Die Initiative ist in diesem Dokument als Vorhaben beschrieben. Name, Satzung, Gremien und die konkrete rechtliche Gründung sind damit nicht festgestellt.